



Wir sind das Nordnetz Gestalten statt verwalten

Über ein Dutzend Bürgerinitiativen aus dem Hamburger Norden haben sich unter dem Namen Nordnetz Hamburg zusammengeschlossen. Sie möchten ihre Interessen gegenüber Politik, Verwaltung und Wirtschaft gemeinsam vertreten, um ihnen so mehr Gewicht zu verleihen. Dass hier dringender Bedarf vorliegt, wird bestätigt durch die Tatsache, dass dieser Zusammenschluss seit seiner Gründung regen Zulauf erfährt.

Trotz unterschiedlicher Ausgangssituationen der einzelnen Initiativen haben alle ein gemeinsames Ziel: Mehr Bürgerbeteiligung, Demokratie und Transparenz von Entscheidungen zu erreichen sowie Wohnraumvernichtung und Umweltzerstörung auch durch Verkehrs- und Fluglärm, zu verhindern. Drängende alltägliche Sorgen von Bürgern werden vertreten, wie z.B. die Problematik des Mietwuchers und auch Fragen des Denkmalschutzes.

Die beteiligten Initiativen sind auf ihrer gemeinsamen Webseite www.nordnetz-hamburg.de vertreten.

Sie wenden sich gegen eine Politik auf Bezirks- und Landesebene, die unter Missachtung von Bürgerinteressen vorrangig wirtschaftlichen Zielen von Großbetrieben und Investoren entgegenkommt. Sie möchten nicht weiter zusehen, wie Bürgerentscheide auf Grundlage veralteter Gesetze aus der NS-Zeit vom Senat ausgehebelt (z.B. Bebauungsplan Langenhorn 73) oder von vornherein durch Senatsweisungen (z.B. Bebauungsplan Eilbek 15) unterlaufen werden.

Die geplante Einführung einer Drei-Prozent-Hürde bei den Wahlen zur Bezirksversammlung stößt bei den Initiativen ebenfalls auf Widerspruch, da sie ihnen eine demokratische Beteiligung in den Bezirksversammlungen erheblich erschweren. Das Nordnetz möchte hier für die Hamburger die gleichen Rechte erwirken, wie sie in anderen Bundesländern bereits vorhanden sind. Im Nordnetz Hamburg gibt es einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch, den Diskurs mit Parteien und anderen interessierten Gruppen sowie eigene Veranstaltungen. Das Nordnetz Hamburg ist unabhängig und überparteilich und steht allen Bürgerinitiativen im Norden Hamburgs offen.

Die beteiligten Initiativen sind auf ihrer gemeinsamen Webseite www.nordnetz-hamburg.de vertreten. Sie wenden sich gegen eine Politik auf Bezirks- und Landesebene, die unter Missachtung von Bürgerinteressen vorrangig wirtschaftlichen Zielen von Großbetrieben und Investoren entgegenkommt. Sie möchten nicht weiter zusehen, wie Bürgerentscheide auf Grundlage veralteter Gesetze aus der NS-Zeit vom Senat ausgehebelt (z.B. Bebauungsplan Langenhorn 73) oder von vornherein durch Senatsweisungen (z.B. Bebauungsplan Eilbek 15) unterlaufen werden.

Hamburg im Ausverkauf

Wer entscheidet wie wir leben?



Auch unzufrieden?

Dann treten Sie doch einer unserer vielen Initiativen bei. Wer alles bereits mitmacht sehen Sie auf der letzten Seite dieser Ausgabe. Oder gründen Sie selber eine Initiative. Hilfe und Unterstützung bekommen Sie von uns. Einfach eine Mail an info@nordnetz-hamburg.de senden. Oder kommen Sie zu unseren regelmäßigen Treffen. Genaue Info unter: www.Nordnetz-Hamburg.de

Wir fordern:

- Stoppt den Ausverkauf der Stadt!
- Rettet die Lebensqualität der gewachsenen Quartiere!
- Lasst die Bürger entscheiden, wie sie leben wollen und wie ihre Stadt aussehen soll!

Zu wenige Wohnungen im dringend benötigten Segment

Wohnungsbau in Hamburg		Bezirk Nord	
2000 - 2012	4.000/Jahr	2012 Neubau	832
2011 u. 2012	3.761/Jahr	2012 Abriss	448
		Bilanz	384
Sozialwohnungen in Hamburg		Quelle:	
Stand 2012	96.000	Statistikamt Nord u. a.	
Prognose 2017	63.000		



Allen Erfolgsmeldungen zum Trotz: Der Wohnungsbau in Hamburg bleibt weit hinter den Versprechungen der SPD zurück. Die Bilanz zwischen Neubau und Abriss wird verschwiegen. Für Nord sind uns die Zahlen bekannt. Die Anzahl der Sozialwohnungen nimmt trotz Neubau dramatisch ab (s. Kasten links).

Skyline für Hamburg?

Wie beiläufig erwähnt Olaf Scholz bei seinen Wahlkampfauftritten, dass man doch entgegen den geltenden Bestimmungen in der Innenstadt und um die Alster die Gebäude aufstocken könnte. Auf ein paar Etagen mehr käme es nicht an – da freuen sich die Investoren, die an der Alster aufstocken und ihre Gewinnaussichten steigern können. Dem Bürger wird die Aussicht auf das einzigartige historische Panorama seiner Stadt verbaut – Pech gehabt.

Verkaufte Grünflächen

Von ‚unzeitgemäßem Abstandsgrün‘ sprechen die Verantwortlichen bei der Siedlung Siemershöf oder bei der Wulffschen Siedlung in Langenhorn, wenn es darum geht, die bestehenden Gärten der ‚Nachverdichtung‘ zu opfern. Spielplätze, Grünflächen und Kleingärten (Bsp. Eden für Jeden, Tarpenbek Greens) sollen dem Wohnungsbauprogramm des Senats weichen. Dafür scheint die Stadt auch bereit zu sein, in Zukunft Landschaftsschutzgebiete aufzugeben, wie z.B. in Niendorf entlang der Kollau (Hamburger Abendblatt v. 27.4.14).

Verkaufte Quartiere

Sei es der historische Kern von Eppendorf, die Hegestraße 46 oder das Backstein-Quartier Am Elisabethgehölz im Hamm, keine gewachsene Nachbarschaft, keine bezahlbare Wohnung ist vor dem Abriss sicher. Alles wird dem Wettlauf um die Zahl von 6.000 Wohnungen geopfert.

Verkaufte Lebensqualität

Um einen ‚urbanen Eindruck zu vermitteln‘ wird ein lebenswertes Vorstadtquartier geopfert. Eine ‚Entscheidung für mehr Lebens-

qualität‘ nennt Senatorin Blankau den Abriss von 546 bezahlbaren Wohnungen in Langenhorn. In Ohlsdorf müssen Liegewiese und Außenschwimmbaden des Freibads Eigentumswohnungen weichen. Die 300 Kleingärten in Barmbek-Nord, die seit fast 100 Jahren Familien des dicht bebauten Stadtteils ein Stück Grün in ihrem Leben ermöglichen, sollen vollständig aufgehoben werden.

Verkaufte Demokratie

Gleichzeitig bleiben bei diesem Ausverkauf Demokratie und Bürgerbeteiligung auf der Strecke.

Nicht die Bürger entscheiden, wie ihre Stadt aussehen soll, sondern die Politik überlässt es den Investoren, die Ausgestaltung der Bebauungspläne zu bestimmen. Die Bezirksämter übernehmen diese fertigen Planungen und stellen sie zusammen mit den Bezirksversammlungen den staunenden Bürgern in den sog. ‚öffentlichen Plandiskussionen‘ vor.

Einwendungen der Bürger werden nicht ernst genommen und als ‚Partikularinteressen‘ vom Tisch gewischt. Mit den Worten ‚Wer schweigt, stimmt zu,‘ nahm Thomas Domres, Vorsitzende der SPD-Fraktion, die Bürger von Groß-Borstel für seine Position in Anspruch, die keine Einwände gegen das Vorhaben erhoben hatten. Die mehr als 600 Einwände der Anwohner gegen den Bebauungsplan sind für ihn eine zu vernachlässigende Größe.

Erfolgreiche Bürgerentscheide werden aufgehoben bzw. außer Kraft gesetzt, wenn es dem Senat nicht passt: Freibad Ohlsdorf, Kleingärten Barmbek-Nord (Eden für Jeden), Wulffsche Siedlung in Langenhorn.

Die Stadt gehört den Bürgern, nicht der gerade regierenden Partei. Bei den Bezirkswahlen am 25. Mai können wir das auch mit dem Stimmzettel bekräftigen.

Mietergruppe Hayn-/Hegestraße

Eden-für-Jeden Wir haben die besseren Argumente

Wer sind wir? Seit nunmehr fast drei Jahren kämpft die Bürgerinitiative Eden-für-Jeden gegen die Zerstörung der großen grünen Lunge zwischen den S-Bahnhöfen Alte Wöhr und Rübenkamp in Hamburg-Nord. Dort ist der Bau von Wohnungen geplant. Die 330 Kleingärten der beiden Kleingartenvereine „Heimat“ und „Barmbeker Schweiz“ sollen komplett abgeräumt werden, auch auf den später nicht bebauten Teilen des Gebietes. Die Behörden planen - unter hohem Kostenaufwand - die Schaffung von 150 neuen wesentlich kleineren Gärten.

Unsere Argumente: 1. Der Klimaschutz ist eine zu wichtige Sache, als dass er in Hamburg einer Wohnungsbaupolitik um jeden Preis untergeordnet werden könnte. In einem stadtklimatischen Gutachten aus dem Jahre 2012 sind unsere beiden Kleingartenflächen als „Grünflächen mit hoher bis sehr hoher stadtklimatischer Bedeutung“ gekennzeichnet. Das steht im krassen Widerspruch zu den Bauplanungen des Senats! Das Gebiet ist als grüne Lunge für den Stadtteil und seine Bürger unerlässlich. 2. Hamburg-Nord ist jetzt schon einer der am dichtesten besiedelten Stadtteile der Hansestadt. Noch mehr Betonwüste wäre gefährlich für das örtliche Stadtklima. 3. Das jetzige Gelände hat einen hohen Erholungswert, nicht nur für die Kleingärtner, sondern auch für die dort wohnenden und arbeitenden Menschen. 4. Nicht vergessen sollte man auch den sozialen Aspekt: Für viele der Kleingärtner wäre ein Neuanfang aus finanziellen oder Altersgründen eine unüberwindliche Hürde. Es wäre das Ende ihres Kleingartenraumes. 5. Ein in fast hundert Jahren gewachsenes Biotop mit einer reichen und wertvollen Tier- und Pflanzenwelt würde zugrunde gehen. Man darf einen solchen Schatz nicht einfach dem Abrissbagger überlassen.

Wo stehen wir? Aktuell haben die Kleingärtner vorerst noch ein Jahr gewonnen. Nicht, wie ursprünglich beabsichtigt bis Ende 2014, sondern jetzt bis Ende 2015 sollen sie aus ihren Gärten vertrieben werden. Die Pläne des Bezirksamtes Nord verzögern sich zwar, aber die Planungsmaschinerie läuft trotzdem weiter. Darum wird auch unser Kampf gegen die Zerstörung der Grünflächen weitergehen.

Unser Bürgerbegehren: Ein großer Erfolg war das Bürgerbegehren mit über 10.100 Stimmen aus Hamburg-Nord für den Erhalt der Kleingartengebiete, auch wenn das Bürgerbegehren vom Bezirksamt Hamburg-Nord zunächst für unzulässig erklärt worden ist. Daraufhin hatte unsere Bürgerinitiative eine Klage gegen diese Unzulässigkeits-Erklärung beim Verwaltungsgericht eingereicht. Bisher ist darüber vom Gericht noch nicht entschieden worden.

Nächster Schwerpunkt Bebauungsplan: Mit großer Aufmerksamkeit wird jetzt die Auslegung des Bebauungsplanes für das betroffene Kleingartengebiet erwartet, die das Bezirksamt Hamburg-Nord für Mitte Juli 2014 angekündigt hat. Sechs Wochen lang haben dann die Bürger Gelegenheit ihre Einsprüche gegen ihn anzumelden.

„3% Regelung“



Besonders krass wird der Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Bezirksversammlungen, wenn man sich die Verankerung der 3%-Wahl-Hürde für die Bezirkswahlen in die Hamburgische Verfassung Ende 2013 mit Befürwortung von SPD, CDU und leider auch den GRÜNEN vornimmt. Hintergrund für diese obskure Konstruktion war, dass für das Wahlgesetz das Hamburgische Verfassungsgericht in einer Entscheidung eine solche Hürde abgelehnt hatte. Für die Verankerung der 3%-Hürde in der Verfassung wird jetzt das hohe Lied der Demokratie in den Bezirken gesungen und die Abwendung einer „zersplitterungsbedingten Zerstörungen in den Bezirksversammlungen“ beschworen, obwohl davon

weit und breit nicht zu sehen und diese auch nicht zu erwarten ist. Die Einführung der 3%-Hürde dient allein dem Machterhalt der Parteien, die sich nach unten hin - also zum Bürgerinteresse - die Konkurrenz des mündigen Bürgers vom Leib halten wollen. *Siedlung Berne*

Aktionskreis Spannskamp Wir wehren uns gegen Nachverdichtung

Aktionskreis Spannkamp wehrt sich gegen Nachverdichtung. Die Initiative aus Genossenschaftsmitgliedern kämpft gegen die geplante Vernichtung von Spiel- und Erholungsflächen mit altem Baumbestand am Spannskamp. Von den Anwohnern, deren Kindern und Enkeln, sowie von Kindergärten wird diese Freifläche gern genutzt. Dort sollen nun aber drei Gebäudekomplexe entstehen. Nach der öffentlichen Auslegung der Pläne 2012, ergaben Gespräche mit dem Vorstand der Schiffszimmerei-Genossenschaft: Die Bebauung war schon 2009 mit dem Bezirk abgesprochen. Information oder Einbeziehung der GenossInnen vor Ort? Fehlanzeige. Gegen die Pläne der Genossenschaft startete der Aktionskreis eine erfolgreiche Unterschriftenaktion, bei der über 70 Prozent der Anwohner das Vorhaben ablehnten.

Immerhin: Der Bauausschuss des Bezirks Eimsbüttel legte den Bauplan-Entwurf zunächst auf Eis. Seit ca. Mai 2013 wird aber durch die Schiffszimmerer-Genossenschaft mit massiver Unterstützung der Baubehörde wieder versucht, über den alten B-Plan Stellingen 51 eine Bebauung durchzusetzen. Etwas kleiner, nun aber per Ausnahmegenehmigung. Und wieder ohne die Anwohner einzubeziehen! Deren Argumente werden wie üblich mit den angeblichen Gemeinwohlinteressen abgebugelt. Dabei hat die Initiative Alternativen zur Bebauung der Grünflächen vorgelegt. Sie meint: „Sinnvoller wäre die Aufstockung bestehender Gebäude mit familien- und seniorengerechten Wohnungen, vor allem Sozialwohnungen. Dafür gäbe es sogar Zuschüsse von der Stadt!“

Erfahrungsbericht Initiative Stockflethweg Nach Baustopp endlich Bürgerbeteiligung?

Das Schlösschen Bärenhof auf dem Gelände Ecke Stockflethweg / Langenhorner Chaussee hat den Ochsenzoll stilvoll geprägt, bis zum Abriss durch das benachbarte, expandierende Autohaus Wichert im Frühjahr 2010.

Sommer 2012: Der Autohaus-Architekt stellt im Regionalausschuss vor: Ein überdimensioniertes Neubauprojekt bestehend aus Audi Terminal, Gastronomie, Einkaufs-, Ärzte- und Bürozentrum und P+R-Anlage. In unmittelbarer Nachbarschaft der geplanten hochhausähnlichen Gebäude befinden sich zweigeschossige Ein- und Mehrfamilienhäuser. Anwohner befürchten einen täglichen Verkehrskollaps im Wohngebiet durch geschätzte 15.000 Kfz/24h. Sie lehnen den Kreuzungsausbau Langenhorner Chaussee / Stockflethweg für das Autohaus ab. Sie fordern die Erschließung über die Langenhorner Chaussee (26.000 Kfz/24h) statt über den Stockflethweg (2.000 Kfz/24h), eine Verlagerung der P+R-Anlage und reduzierte Gebäudehöhen. Die Bezirksverwaltung lehnt dieses ab mit der Begründung, dass es sich um alte Senatsbeschlüsse aus der Zeit vor Bezirks- und Bürgerbeteiligung handele. Den Anwohnern wird lediglich unzureichender Schall- und Blendschutz für ihre Häuser und Begrünung weniger Fassaden der Wichert-Neubauten versprochen.

Herbst 2012: Der nicht-öffentliche Bauausschuss befasst sich mit dem Bauantrag wegen darin enthaltener Übertretungen des gültigen Planrechts Langenhorn 4. Alle Fraktionen, außer der Fraktion DIE LINKE, stimmen der Erteilung der Ausnahmegenehmigungen zu. Winter 2012: Das Bezirksamt Hamburg-Nord genehmigt das Großprojekt ohne ausreichende nachbarschützende Auflagen, ohne ein Gesamtverkehrskonzept und trotz widersprüchlicher, lückenhafter Verkehrs- und Lärmgutachten. Grund für die Eile: Auslaufende Projektzuschüsse von Audi zum Jahresende 2012. Den Bürgern wird vorgegaukelt, sie könnten im nachgelagerten B-Plan-Verfahren noch Einfluss auf das Bauvorhaben nehmen. Ihre Einwendungen zur Öffentlichen Auslegung von Langenhorn 68 Anfang 2013 würden dann noch berücksichtigt werden.

Herbst 2013: Vor der Beendigung des B-Plan-Verfahrens (mit 200 Einwendungen) werden durch den fortschreitenden Neubau bereits die Fakten geschaffen.

Frühling 2014: Bäume werden für den Kreuzungsausbau gefällt und der Eilantrag einer Familie wird nach 6 Monaten vom Verwaltungsgericht entschieden:

Baustopp für das 35 Millionen Euro-Projekt!
Anwohner und Autohausmanager werden vom Wirtschaftssenator zu einem ersten Gespräch eingeladen.
• Werden die Bürger endlich beteiligt und ihre fundierten Vorschläge ernsthaft geprüft?
• Oder wird trotz Baustopps weitergebaut und das Bezirksamt drückt beide Augen zu?

Turmbau zu Barmbek

Barmbek-Nord - In diesen Tagen blicken die Anwohner des ehemaligen P+R-Geländes am Busbahnhof auf eine kahle Baufäche. Die Bäume sind gerodet und die Arbeiten am Bürohochhaus haben begonnen. Symbol eines bitterer Weise verlorenen Kampfes, da das bis Anfang Dezember gelaufene Bürgerbegehren auf Grund zu geringer Unterstützung nicht erfolgreich war. Der Gebäudekomplex markiert gemeinsam mit dem neuen Einkaufszentrum den Beginn einer Aufwertung mit der Brechstange. Die Fuhle wird bald folgen: Die Gebäude werden aufgestockt, die Straßenverkehrsfläche wird in weiten Teilen zur Flaniermeile ausgebaut. Durch diese Entwicklung werden die Mieten im Quartier unter Druck geraten. Der „Turm zu Barmbek“ wird damit ein Mahnmal zur Erinnerung an die Bürger im Quartier, die Entwicklungen auch in Zukunft kritisch zu hinterfragen.



„Je Baum, der fällt, € 250.000 Wert und Leistung für Stadt und Mensch vernichtet“

Langenhorner Alpentraum

Ein Alptraum für alle?

Sehr viele Menschen denken bei der Bezeichnung „Hummelsbüttler Müllberge“, dass die Müllberge nur was mit Hummelsbüttel zu tun haben. Tja, falsch gedacht. Die Müllberge sind dicht umgeben von Siedlungen auf Poppenbüttler und Langenhorner Boden. Und weil das so ist, heißen die Müllberge in Poppenbüttel auch „Poppenbüttler Müllberge“ und in Langenhorn spaßeshalber „Langenhorner Alpen“.

Damit die „Langenhorner Alpen“ nicht zum Alpentraum für die Hummelsbüttler Feldmark werden, kämpft unsere Interessengemeinschaft gegen die neuen Deponiepläne und für eine strengere Überwachung der Altdeponien. Die Altdeponie-Altlasten beherbergen bereits ein ewiges Restrisiko für die Umwelt im Norden Hamburgs. „Grüne Zukunft für die Hummelsbüttler Müllberge“

Wir gratulieren

Wir gratulieren so mancher Wohnungsgenossenschaft, die statt einer am Mitglied orientierten Gemeinschaft mit vorrangig sozialen Zielen konsequent den Weg zur kapitalistischen Wohnungsbaugesellschaft verfolgt. Die dabei gleichzeitig Mitgliederrechte abbaut und Mitgliederinteressen ignoriert. Die günstigen Wohnraum im Altbaubestand vernachlässigt oder vernichtet. Die sich immer mehr den gesetzlichen Möglichkeiten des Marktes zuwendet und von ihren Mitgliedern abwendet. Die dem Gott gewinnorientierter „Wohnungswirtschaft“ huldigt und sich der Aufgabe sozial geförderten Wohnraumes entzieht.

Wir gratulieren den gewählten Politikern der SPD, die zugleich (manchmal auch mit Familienangehörigen) in Hamburger Genossenschaften im Vorstand, Aufsichtsrat oder als Vertreter der Mitglieder unterwegs sind, um den Zielen ihrer Partei den Weg zu ebnet.

Ein Beispiel aus Hamburg-Berne. Familie Hauto: M. Hauto zur Wiederwahl als Distriktsvorsitzende der SPD-Berne; P. Hauto (Ersatzvertreterin Wahlbezirk 7 Gartenstadt Hamburg) und Ehemann Marc Buttler zur Wahl als SPD-Kandidaten in Berne für die Bezirksversammlung. Ebenso M. Buttler (Aufsichtsratsmitglied Gartenstadt, Mitglied in Bezirksversammlung, Regionalausschuss Bramfeld-Steilshoop-Farmsen-Berne und Deputierter der Behörde für Arbeit) zur Wahl als stellv. Distriktsvorsitzenden SPD-Berne; Lars Pochnicht (stellv. Aufsichtsratsvorsitzender Gartenstadt und Bürgerschaftsabgeordneter der SPD) zur Wahl als stellv. Distriktsvorsitzenden SPD-Berne; Moritz Mellin (Ersatzvertreter Wahlbezirk 2 Gartenstadt) zur Wahl als SPD-Kandidat in Berne.

Mögen weder familiäre Verbindungen noch das Engagement in der Parteipolitik zu Interessenskonflikten mit den Interessen aller Mitglieder ihrer Genossenschaft führen. *Siedlung Berne*

Besserer Fluglärmschutz in Hamburg?

Beschluss des Umweltausschusses vom 8.4.2014 eine Mogelpackung?

Der am 8.4. im Umweltausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft nach drei Sitzungen von fast allen Fraktionen beschlossene 10-Punkte-Plan zur Verbesserung des Fluglärmschutzes hat zwei konkrete relevante Maßnahmen zum Inhalt: Weitgehende Vermeidung der verkürzten Anflüge und der Sichtanflüge im Nordosten sowie strenge Einhaltung der Betriebszeiten.

Dazu sagen wir als Dachverband der Bürgerinitiativen gegen Fluglärm in Hamburg e.V.:

1. Beachtlich ist, dass die Fraktion DIE LINKE diesem 10-Punkte-Plan als zu wenig effizient nicht zugestimmt hat. Beantragt hatte sie ein Nachtflugverbot ab 22 - 6 Uhr, das den anderen Parteien als wettbewerbs- und standortgefährdend zu weit ging. Beachtlich ist aber auch, dass die in diesem 10-Punkte-Plan enthaltenen Prüfaufträge im Oktober vom Umweltausschuss erneut geprüft werden sollen.

2. Eine Reduzierung der verkürzten Anflüge und Sichtanflüge im Nordosten wird für die dortigen Wohngebiete sicherlich eine Entlastung bringen können – aber leider eben nur dort.

Auch werden die weiter außerhalb liegenden Gemeinden noch mitreden wollen, weil der Lärm ja dorthin verlagert werden wird. Der Hamburger Flughafen hat nun aber nicht nur eine sondern drei hauptsächlich genutzte Bahnen und somit zumindest zwei weitere stark von Fluglärm belastete Gebiete, für die es leider keine Lärm-minderung gibt.

3. Eine pünktlichere Einhaltung der Betriebszeiten, die eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, dürfte vor allem wiederum die Nordost-Landebahn mit den meisten Flügen nach 23 Uhr entlasten, und dient dazu, ein sog. Nachtflugverbot - zumindest ab 23 Uhr - zu suggerieren. Denn die Rushhour mit ihren vielen Flügen vor 23 Uhr bleibt komplett unangetastet. Das nennen wir eine Mogelpackung!

4. Unsere Erwartungen: Dass der Umweltausschuss des Hamburger Stadtparlaments sich überhaupt mit derartigen Details zum Fluglärm befassen muss, zeigt, dass die hierfür zuständigen Behörden, besonders die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt mit ihrer Fluglärmschutzabteilung, entweder nicht handlungsfähig sind oder sein dürfen zum Schutz der Menschen vor den inzwischen allerorten anerkannten Gesundheitsgefahren durch Fluglärm.

Wir hätten erwartet, dass der Umweltausschuss sich mit Fragen der Lärmverteilung und Zumutbarkeit beschäftigt, wie z.B. Spreizung oder Bündelung von Flügen bzw. Gerechtigkeit der aktuellen Lärmverteilung oder der Frage der Standortgefährdung des Flughafens Hamburg durch Fluglärm. Diese Frage stellt sich jetzt besonders, nachdem der Flughafen in der Stadt bleiben soll wie Bürgermeister Olaf Scholz verlauten ließ. Nachdem die Stadt Hamburg die Gesundheitsgefährdung ihrer Bewohner durch Fluglärm offensichtlich billigend in Kauf nimmt, fragen wir auch, welcher Lärm ist den Anwohnern wie lange noch zumutbar, da eine nachhaltige, spürbare Reduzierung des Fluglärms von der Politik zur Zeit als standort- bzw. wettbewerbsbeschädigend beurteilt wird.

BIG-Fluglärm Hamburg e.V. · Dachverband der Bürgerinitiativen gegen Fluglärm e.V.

B-Plan gegen Groß Borstel

Ungereimtheiten bei der Bürgerbeteiligung

Ungereimtheiten bei der Bürgerbeteiligung zum Bebauungsplan Groß Borstel machten das Thema spannend bis zum Schluss: Werden SPD, FDP und CDU den B-Plan gegen den erklärten Bürgerwillen durchwinken?

Tatsächlich hat das Verfahren Elemente eines Politkrimis. Warum unterstützen die im Bezirk führenden Sozialdemokraten ausgerechnet einen Immobilienspekulanten, der durch die Irische Bankenkrise weltberühmt geworden ist? Was passierte hinter verschlossenen Türen, als Sean Reilly – so der Name des umstrittenen Investors – ein heruntergekommenes, schadstoffbelastetes Güterbahnhofsgelände erwarb? Insider sind sicher: Reilly wurde vorab eine Genehmigung für Wohnungsbau in Aussicht gestellt. Die Frage ist: Was musste er eigentlich dafür bezahlen? Und warum hat die Stadt die Kleingärten gleich mit verscherbelt? Ohne öffentliches Ausschreibungsverfahren. Das Grundstück hätte genauso gut den Genossenschaften oder besser noch innovativen Wohnprojekten angeboten werden können.

Sicher ist: Reilly wird die Immobilie vor dem ersten Spatenstich verscherbeln. Er hat sie für 7 Mio. Euro erworben, jetzt verlangt er 50 Mio. dafür. Die Baukosten verteuern sich dadurch um 20 bis 30 Prozent.

All die Argumente der vom Scholz'schen Wohnungsbauwahn infizierten Bezirkspolitiker, etwa die vom Bau bezahlbaren Wohnraums, entpuppen sich als platteste Demagogie. Die Glaubwürdigkeit der SPD hat gelitten. Bei Bürgerinitiativen liegt die SPD in der Sympathieskala seit langem weit unter Normalnull.

626 Einwendungen reichten die besorgten Groß Borsteler gegen das Projekt ein: Wohnen wird dort zu laut. Die Bahn erzeugt Vibrationen. Die Anzahl der 750 Wohnungen überfordert den Stadtteil. Sowohl von der Verkehrsleistung als auch städtebaulich passe das Teil einfach nicht in zu Groß Borstel. Die Kleingärten müssen erhalten bleiben. Von den unzähligen Argumenten der Bürger ist nicht ein einziges berücksichtigt worden. Viele fühlen sich verarscht.

Wenn jedoch bezahlbarer Wohnraum nicht das Ergebnis dieser Politik sein kann, dann wird der Logik zufolge im hochpreisigen Segment gebaut. Dort lässt die Nachfrage allerdings extrem nach. Eigentumspreise und Wohnungsmieten im Luxussegment befinden sich seit 2013 im Talflug. Für Normalverdiener sind sie trotzdem nicht finanzierbar. Wer also soll direkt an der Güterbahn leben?

Die Anwohnerinitiative Groß Borstel 25 wird gegen den am 10. April von SPD, FDP und CDU beschlossenen B-Plan Klage einreichen. Der undurchsichtige Verkauf der Immobilie ist zudem ein Fall für das Transparenzgesetz.

Anwohnerinitiative Groß Borstel 25



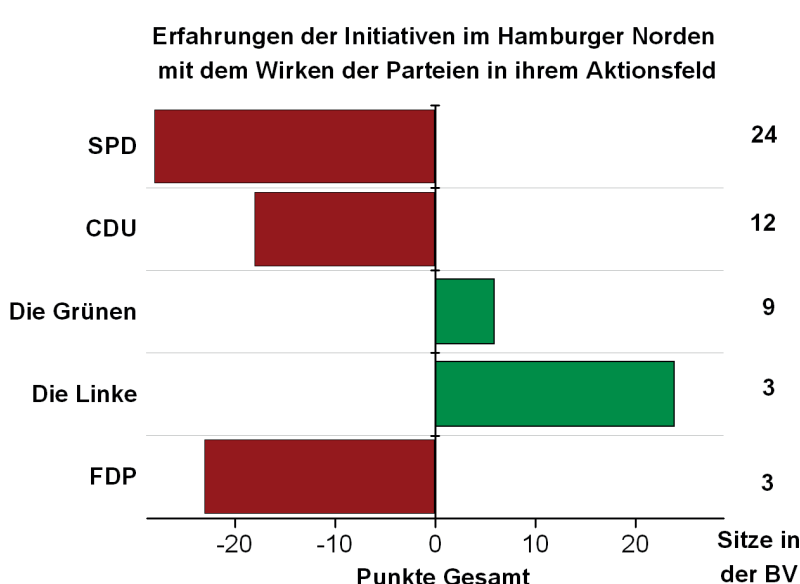
Olaf's Neubaufalle

Planlos in Hamburg

Das Bedürfnis eines Investors ist maximaler Profit, das Bedürfnis der Bürger ist bezahlbarer Wohnraum. Jeder, der eine bezahlbare Wohnung sucht, weiß, dass er sich dafür in einer sehr langen Schlange einreihen muss. Bezahlbare Wohnungen gibt es kaum noch. Und was machen die Politiker? Statt für Ausgleich zu sorgen und Engpässe zu beseitigen, werden die letzten freien Grundstücke planlos an profitorientierte Investoren verramscht – meist ohne wirksamen Vertrag, wieviel Wohnungen mit sozialer Bindung zu bauen sind, wann spätestens zu bauen ist etc. Das Ergebnis sind Grundstücke mit phantastischer Wertsteigerung (siehe Artikel links), Luxuswohnungen, Bürogebäude und was es sonst noch an Investorenwünschen zu erfüllen gibt. Konsequenz dieser Politik: Lange Schlangen Wohnungssuchender, wenn ausnahmsweise einmal eine bezahlbare Wohnung angeboten wird. Die Politik scheint das bislang nicht zu stören. Hauptsache jährlich werden 6.000 Wohnungen gebaut. Aber für wen genau sollte eigentlich gebaut werden?

Wir vom Nordnetz erinnern gerne und immer wieder daran, wer in unseren Stadtteilen lebt und um wessen Interessen es geht.

Parteien im Test: Sehr gut bis mangelhaft



Obwohl noch nicht in der Bezirksversammlung vertreten, wurde die PI-RATENPARTEI von zwei Initiativen als ‚sehr gut‘ bewertet. Auch unterstützten Mitglieder die Gründung des Nordnetzes und stellen somit aktiv unter Beweis, dass für sie Bürgerbeteiligung keine leere Worthülse ist.

SPD, FDP und CDU fallen durch

Welche Erfahrungen haben die Initiativen im Hamburger Norden mit den Parteien bei Ihrer Arbeit gemacht? Das Ergebnis: nicht wirklich überraschend.

Vor Ort versagt haben die Mehrheitsparteien der Bezirksversammlung, SPD und FDP. Der Auftritt der SPD ist ausnahmslos von allen Initiativen als ‚mangelhaft‘ bewertet worden, die FDP zwar mit einigen ‚ausreichend‘, Bewertung mehrheitlich aber ‚mangelhaft‘.

Als größte Oppositionspartei hätte die CDU in den letzten drei Jahren die Chance gehabt, sich als Interessenvertreterin der Bürger in den Stadtteilen zu profilieren. Die Chance hat sie vertan. Somit ebenfalls ein klares ‚mangelhaft‘ - etwa auf dem gleichen Niveau wie die FDP.

Positivergebnisse gab es bei LINKEN und GRÜNEN. Die LINKE kassierte für ihr Engagement von den Initiativen meist ein ‚Sehr gut‘. Bei den GRÜNEN ist das Bild nicht einheitlich. Das Spektrum reicht von ‚Sehr gut‘ durch die Anwohnerini Groß-Borstel bis zu einem ‚Mangelhaft‘ durch die Initiative Turmbau zu Barmbek. Gesamtergebnis: ein knappes ‚Gut‘.

Wir-sind-Eppendorf

Kommentar:

Parteien am Ende?

Die Zahl der Bürger, die sich in den vergangenen Jahren in den Stadtteilen für die Wahrung ihrer Interessen in Bürgerinitiativen organisiert haben, ist stetig gewachsen. Die Attraktivität der etablierten Parteien ist für politisch interessierte Bürger dagegen stetig gefallen.

Die große Mehrheit der eigenen Mitglieder nimmt am Parteileben schon lange nicht mehr teil. Die politische Arbeit vor Ort wird jeweils von einer Handvoll Fraktionsmitgliedern geleistet. Die Parteigliederungen in den Stadtteilen sind politisch tot. Am Beispiel der SPD-Eppendorf können wir das konkret nachweisen. Anstatt kritisch die eigene Praxis zu befragen, richtet sich die politische Energie der an der Macht befindlichen Parteien gegen die Bürgerinitiativen.

Den Bürgern in den Stadtteilen wird die Berechtigung abgesprochen, in ihren eigenen Angelegenheiten mitzuentcheiden. Wenn der Senat Bürgerentscheide kassiert, löst das bei der BV-Mehrheit Zufriedenheit aus. Der Wille der Bürger wird missachtet - nicht geachtet. Attraktive Parteipolitik geht anders. Wir-sind-Eppendorf

Anhören, Mitreden – und dann?

Die Öffentliche Diskussionen der Bebauungsplan-Entwürfe könnten Veranstaltungen sein, die die Kompetenz des gut informierten Bürgers bei der Suche nach sachgerechten Lösungen und Kompromissen nutzen. Aber was sind die öffentlichen Anhörungen in der Realität? Es sind häufig Pflichtübungen der Behörde, deren Mitarbeiter mit allen Mitteln versuchen, den Bürgern die notwendigen Informationen vorzuenthalten. Bürger: „Wann kann das Verkehrsgutachten eingesehen werden?“ Behördenvertreter: „Wenn es fertig ist.“ Bürger: „Wann wird es fertig sein?“ Behörde: „Das wissen wir nicht.“ Bürger: „Ist das Gutachten denn schon in Auftrag gegeben worden?“ Behörde: „Nein!“ Niemand hat behauptet, dass Demokratie einfach ist. Demokratie im Alltag bedeutet, dass alle Beteiligten um Lösungen und Kompromisse ringen. Eine sachgerechte Diskussion kann nur stattfinden, wenn alle Beteiligten sich auf Augenhöhe begegnen:

Auf der einen Seite die Bürger mit den unterschiedlichen Interessen, auf der anderen Seite die Investoren mit ihren wirtschaftlichen Interessen, und dazwischen der vermittelnde Staat. „Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen“ (§1 Abs. 7), heißt es verbindlich im Baugesetzbuch. Es darf daher nicht sein – und auch der Anschein muss bereits vermieden werden –, dass die Behörde oder die Politiker einseitig Partei ergreifen für eine bestimmte Klientel oder für die „Investoren“. Abgeordnete „sind Vertreter des ganzen Volkes“ (GG Art.38). „Anhören“ bei öffentlichen Plandiskussionen sollte sich daher nicht nur darauf beschränken, dass die Bürger nicht nur die Pläne der Behörden anhören, sondern dass auch umgekehrt Politik und Verwaltung Alternativvorschläge der Bürger anhören.

„Mitreden“ sollte bedeuten, dass alle Betroffenen zu Wort kommen können und ihre Argumente ernsthaft erwogen werden. Und 'betroffen' von einem B-Plan sind nicht nur die Investoren und die Politiker, sondern vor allem die Bürger in ihrem Stadtteil. Und dann? Dann sollten die Bürger mitentscheiden! Dann sollte ein Kompromiss gefunden werden. Und wenn das nicht möglich ist, sollte ein Bürgerentscheid, wie er auch im Bezirksverwaltungsgesetz vorgesehen ist, die demokratische Entscheidung herbeiführen. Die Idee, dass der Bürgermeister im Rathaus oder der Senat wissen, was gut für die Hamburger Bürger ist und deswegen für die Bürger entscheiden sollte, gehört in den Obrigkeitsstaat des 19. Jahrhunderts. Langenhorn 73



Anwohnerini. Groß Borstel 25: SPD, FDP, CDU und der weltbekannte Immobilienspekulant Sean Reilly Hand in Hand für ein überdimensioniertes Großbauprojekt in Groß Borstel? Das bringt die Groß Borsteler gegen die Bezirkspolitik auf. Jeden ersten Donnerstag im Monat um 19:00 Uhr im Stavenhagenhaus, Frustbergstraße 4. Infos unter www.agb25.de



„Rettet das Freibad Ohlsdorf“ Wir sind seit 2008 für den Erhalt des Freibads Ohlsdorf aktiv. Trotz erfolgreichen Bürgerentscheids mit 84,5% halten Bäderland und das Bezirksamt Hamburg-Nord am Bebauungsplan Ohlsdorf 10 fest. Dies bedeutet Zuschüttung der Außenbecken, Teilverkauf des Grundstücks und Bau von Eigentumswohnungen.



Eden für Jeden Seit über 90 Jahren gibt es die Kleingärten zwischen der Alten Wöhr und der Hebebrandstraße. Das Biotop bietet einer Vielzahl von Pflanzen und Tieren wichtigen Lebensraum. Das soll jetzt dem Wohnungsbau zum Opfer fallen. Dagegen haben wir einem Bürgerbegehren über 10.000 Stimmen gesammelt. Senat und Bezirk haben das nicht respektiert. Dagegen klagen wir.



Eilbek wehrt sich „Eilbek wehrt sich“ reichte am 10.12.2013 ein Bürgerbegehren gegen die Bebauung einer Grünfläche Eilbek 15 mit 60 Wohnungen und Kita ein. Drei Tage später erteilte der Senat unter Zustimmung des Bezirksamtsleiters eine Weisung bzw. Konkretisierung einer älteren Weisung. Diese aber sah eine geringere Bebauung vor und war der Opposition unbekannt.



BIG Fluglärm-Hamburg e. V. Hamburgs Großflughafen liegt in Wohngebieten. Der Flugverkehr wächst weiter. Mit mehr Fluglärm, Straßenverkehr, Gesundheitsschäden haben alle Betroffenen zu rechnen. Wir engagieren uns für Reduzierung des Fluglärms und anderer nachteiliger Auswirkungen des Flugbetriebes. www.fluglaerm.de/big



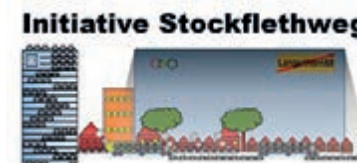
Mietergruppe Hayn-/Hegestraße Die Mietergruppe ist aus dem Kampf gegen den Abriss des Hauses Hayn-/Hegestr. hervorgegangen. 1975 haben wir einen Mietvertrag über das gesamte Haus geschlossen. Wir wehren uns weiterhin gegen die Kündigung unseres Mietvertrags durch „Feindliche Eigentümer“. Wir gestalten das Leben im Haus und nehmen Einfluss auf die Politik im Stadtteil.



Hummelsbüttel Die Interessensgemeinschaft „Grüne Zukunft für die Hummelsbüttler Müllberge“ hat es sich zur Aufgabe gemacht eine der schönsten Feldmarken Hamburgs zu schützen. Deshalb lautet die Forderung: Begrabung aller Deponiepläne in der Hummelsbüttler Feldmark sowie Wiederaufnahme der geplanten Deponiefläche ins Landschaftsschutzgebiet



WsE WsE ist 2012 als Reaktion auf die Abrisspläne des historischen Kerns von Eppendorf entstanden. Das würde das Viertel radikal verändern und zur Vernichtung noch bezahlbarer Wohn- und Gewerberäume führen. Der drohende Abriss der Terrassenhäuser in der Hegestr. 46 und die in Aussicht gestellte Umsiedlung der Stifte sind unsere weiteren Schwerpunkte.



Initiative Stockflethweg Wir setzen uns für eine städtebauliche Planung unter Berücksichtigung von Milieu- und Nachbarschutz sowie ökologischer und sozialer Belange ein. Bei Großbauprojekten im Wohn- und Geschäftsquartier Ochsenzoll fordern wir eine Bürgerbeteiligung bei Planung und Entscheidung sowie ein gesamtheitliches, anwohnerfreundliches Verkehrskonzept.



Siedlung Berne Die Siedlung Berne ist denkmalgeschützt wegen ihrer historischen und kulturellen Besonderheit, als funktionierendes genossenschaftliches Gegenmodell zum Wohnungsmarkt jedoch gefährdet. Die Gartenstadtidee für die Zukunft erhalten: stadtnahes Wohnen im Grünen, kostengünstig und bezahlbar – ermöglicht durch anrechenbare Eigenleistungen der Mitglieder.



Aktionskreis Spannskamp: Mitglieder der Schiffszimmerer kämpfen in ihrer Siedlung (hier alternativ: am Spannskamp) für den Erhalt ihrer viel genutzten Grünfläche mit altem Baumbestand. 70 % der Anwohner sind dagegen! Der Genossenschaftsvorstand ignoriert und schweigt und will mit einer Ausnahmegenehmigung seinen Wunsch mit aller Macht erfüllen.

WIR-sind-Winterhude „Wir sind Winterhude“ entstand im Sommer 2013 aus Protest gegen das immer „höher, dichter, teurer“ der Wohnungen in Winterhude. Sie kämpft gegen Spekulation und zu hohe Mieten, setzt sich für mehr bezahlbaren Wohnraum ein und will die Zerstörung der sozialen Struktur und des Milieus aufhalten. 1. Projekt: Bunkerabriss in der Forsmannstraße stoppen.

Neues Zentrum Eidelstedt Die Initiative „Neues Zentrum Eidelstedt“ hat sich Ende Juni 2012 aus Unterstützern des Bürgerbegehrens Grünes Zentrum Eidelstedt gegründet. Die Initiative möchte ihre in vielen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern gewonnenen Erfahrungen der Allgemeinheit zur Verfügung stellen. Die Initiative „Neues Zentrum Eidelstedt“ ist überparteilich tätig.



Turmbau zu Barmbek Wir sind gegen die Bürobebauung am Barmbeker S-Bahnhof und für eine Alternative in Form einer fünfstöckigen Mischbebauung eingetreten. Ein angemeldetes Bürgerbegehren war in Folge zu geringer Unterstützung nicht erfolgreich. Die verbliebenen Mitglieder unterstützen das Nordnetz und beobachten die weitere Entwicklung um die Fuhle kritisch.



Tarpenbek Greens e.V. kämpft für den Erhalt von Kleingärten in Groß Borstel, die abgerissen werden sollen. Ein Investor will dort und auf dem angrenzenden früheren Güterbahnhof 750 Wohnungen bauen. Der Verein informiert über den Verlauf des Verfahrens und vertritt gegenüber Politik und Verwaltung die Interessen besorgter Bürger. www.tarpenbek-greens.de



Langenhorn 73 Für den Erhalt von 546 bezahlbaren Wohnungen kämpfen Mieter und Anwohner der Wulffschen Siedlung seit Juni 2010 gemeinsam in der Initiative „Stopp Langenhorn 73“. Die Initiative gewann einen Bürgerentscheid mit einer klaren Zweidrittelmehrheit. Dieses eindeutige Votum der Bürger hat der Senat außer Kraft gesetzt (Evokation).

Das Nordnetz ist ein Gemeinschaftswerk aller oben aufgeführten Bürgerinitiativen.

Impressum: Die Initiativen sind für ihre jeweiligen Artikel verantwortlich. ViSdP: Nordnetz-Hamburg Pressesprecher: S. Dawson, J. Lau, M. Hartl-Sorkin, Höpen 47, 22415 Hamburg Layout S. Dawson, Illustrationen (c) H. Preller